



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2017

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung.....	3
II.	Zusammenfassung Deutschland.....	4
III.	Deutschland – Daten 2017	7
IV.	Zusammenfassung Länder	12
V.	Länder – Daten 2017	16
VI.	Tabellenverzeichnis.....	36

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen und auch auf Grundentscheidungen zur Frage, wie die Hilfen der Bundesstiftung im jeweiligen Bundesland verwendet werden sollen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, mit Wirkung für den Berichtszeitraum zuletzt geändert am 17. Februar 2016, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragsstellerinnen ebenso wie die der - positiv beschiedenen - Hilfeempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wieder.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2017 **784 901** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (792 141¹ Geburten) war damit die Geburtenzahl leicht um **0,91 %** gesunken. In den Vorjahren waren dagegen hohe Steigerungen zu verzeichnen: Allein von 2015 auf 2016 gab es einen Anstieg um 7,40 %, in den Jahren davor um 3,17 % und 4,82 %. Die Geburtenzahl stabilisiert sich damit auf hohem Niveau.

2017 war mit **166 462** erstmals wieder ein Rückgang der Zahl der **Antragstellerinnen** zu verzeichnen, jedoch nur um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr. Damit befand sich diese Zahl wie auch die der **Hilfeempfängerinnen (152 652)** weiter auf hohem Niveau. Die Bewilligungsquote hatte sich sogar um einen Prozentpunkt auf 92 % gesteigert (Tabelle 1). Tabelle 21 zeigt, dass sich der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die sich im Asylbewerberleistungsbezug befanden, in allen Bundesländern verringert hatte, zum Teil um bis zu 61 %. Der Rückgang scheint also vor allem daran zu liegen, dass der Scheitelpunkt der Geflüchtetenzenzahlen bereits überwunden war.

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten, in 2017 **19,5 %** (2016 19,8 %). Somit wurde auch im Jahr 2017 annähernd **jede fünfte Schwangere** von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt.²

Bei den Altersgruppen der Hilfeempfängerinnen gab es auch in 2017 keine Änderung gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** lag konstant bei 98 % (Tabelle 2).

Die Veränderungen des **wirtschaftlichen Status** der Hilfeempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) bilden den Rückgang der Zahl der Hilfeempfängerinnen aufgrund der rückläufigen Zahl der Geflüchteten gegenüber dem Vorjahr ab: der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten, ging um 7 Prozentpunkte zurück, während der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach SGB II und XII bezogen, um 7 Prozentpunkte angestiegen war. Bei den Anteilen der Hilfeempfängerinnen mit den anderen Einkommensarten gab es gegenüber dem Vorjahr gar keine Veränderungen (Tabelle 3).

¹ Das Statistische Bundesamt hat die Zahl der Lebendgeborenen 2016 nach Erscheinen des Sozialdatenberichts 2016 um 10 nach oben korrigiert, siehe <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/lebendgeborene-differenz.html>.

² Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2017 geboren wurden, zum Teil bereits in 2016 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2017 Bewilligungen ausgesprochen wurden, erst in 2018 geboren wurden.

Bei der **Staatsangehörigkeit** der Hilfeempfängerinnen hatte sich 2017 der Trend der Vorjahre fortgesetzt. Der Anteil der Hilfeempfängerinnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit war weiter gestiegen auf 53 %, der Anteil der Hilfeempfängerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit war auf 47 % zurückgegangen. Jedoch hatte sich die Entwicklung abgeflacht: die Veränderungen betragen jeweils nur 2 Prozentpunkte, während es in den Vorjahren jeweils 7 Prozentpunkte (von 2014 auf 2015) bzw. 10 Prozentpunkte (von 2015 auf 2016) waren, (Tabelle 4).

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es 2017 nur marginale Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche**³ beantragt. Im Berichtsjahr stieg der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die ihren Antrag nach der 20. Schwangerschaftswoche stellten, um einen Prozentpunkt auf 68 %. Der Anteil der Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche ging im Gegenzug um einen Prozentpunkt zurück. Die zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge machten nach wie vor 28 % aus (Tabelle 5).

Bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen setzte sich 2017 der seit 2015 bestehende Trend fort: Der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben in ehelicher Gemeinschaft lebten, blieb gegenüber 2016 zwar konstant auf 50 %. Sie stellten damit nach wie vor die größte Gruppe. Doch der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden stieg weiter, wenn auch nur um einen Prozentpunkt auf 34 %. Korrespondierend fiel der prozentuale Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen um einen Prozentpunkt auf 16 % zurück (Tabelle 6).

In 2017 war die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** gegenüber dem Vorjahr wieder um 11 gestiegen. Insgesamt wirkten somit 1 265 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befanden sich rund 83 % in freier Trägerschaft (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **152 652 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland betrug 2017 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung 623 Euro** und war somit gegenüber dem Vorjahr um 11 Euro niedriger. Das entspricht einer Verringerung um 1,7 % (Tabelle 9). Und dies obgleich es in 2017 zwar keine Sonderausschüttung aus dem Stiftungsvermögen gab, aber die Bundeseinlage einmalig um 4 Mio. Euro angehoben worden war.

Die leichte Verringerung des Durchschnittsbetrags trotz Erhöhung der Mittel um 1,7 % und gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Hilfeempfängerinnen um 3,3 % erklärt sich womöglich

³ Erfasst wird die Schwangerschaftswoche entsprechend der Angabe im Mutterpass. Diese berechnet sich nach dem ersten Tag der letzten Periode und kann daher von dem tatsächlichen Empfängnisterrin bis zu 2 Wochen abweichen. Die Frist nach § 218 StGB wird dagegen nach dem Zeitpunkt der Empfängnis berechnet. Im Hinblick auf die Frage, wie viele der Hilfeempfängerinnen aus Anlass einer Schwangerschaftskonfliktberatung eine Beratungsstelle aufgesucht haben, liefert die Statistik daher nur Näherungswerte, zumal auch nicht jede Hilfeempfängerin, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen einen Hilfeantrag stellte, die Beratungsstelle aus diesem Grund aufgesucht haben wird.

durch die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung**: 2017 wurden in größerem Anteil niedrigere Bewilligungssummen vergeben. Einen Anstieg gegenüber 2016 gab es im Bundesdurchschnitt nur bei den Bewilligungsbeträgen bis 300 Euro um 2 Prozentpunkte auf 17 % und bei den Bewilligungen von Beträgen bis 600 Euro um einen Prozentpunkt auf 52 %. In beiden Fällen war das der höchste Wert in den letzten zehn Jahren, während der Anteil der Bewilligungen von Beträgen zwischen 1.000 und 1.500 Euro 2017 um 3 Prozentpunkte gesunken war und bei den übrigen Beträgen unverändert blieb (Tabelle 10).

Noch deutlicher wird es, wenn man bzgl. der Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung die Daten aus den Ländern heranzieht (Tabelle 30) und dies mit der Entwicklung aus dem Vorjahr⁴ vergleicht. 2017 wurden in 2 Ländern am häufigsten Beträge bis 300 Euro bewilligt, und zwar zu 55 % in Baden-Württemberg bzw. zu 70 % in Bremen. 2016 war das nur in Bremen der Fall (69 %). In 2017 erhielten in 10 Ländern die meisten Hilfeempfängerinnen bei der Erstbewilligung eine Summe über 300 und bis 600 Euro. In 9 Ländern betrug dieser Anteil zwischen 60 % und 85 %, davon in 3 Ländern über 70 % (Sachsen-Anhalt 75 %, Hamburg 77 %, Berlin 85 %). 2016 gab es 11 Länder, die bei der Erstbewilligung eine Summe über 300 und bis 600 Euro gewährten, aber der Anteil solcher Bewilligungsbeträge betrug dort nur zwischen 42 % und 76 %. Es gab 2017 also eine deutliche Verschiebung hin zu geringeren Bewilligungssummen.

⁴ Siehe Sozialdatenbericht 2016, Tabelle 30; <https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/fachinformation/> „Sozialdatenstatistik“.

III. Deutschland – Daten 2017

Endgültige Geburtenzahl: 792 141⁵ (2014: 737 575)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2008	156 458 (100 %)	145 119 (93 %)
Veränderung 2007/2008	- 2,5 %	- 1,7 %
2009	158 215 (100 %)	145 273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156 536 (100 %)	144 958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144 504 (100 %)	132 359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143 246 (100 %)	130 464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144 775 (100 %)	132 639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %
2016	172 477 (100 %)	156 682 (91 %)
Veränderung 2015/2016	14,0 %	14,4 %
2017	166 462 (100 %)	152 652 (92 %)
Veränderung 2016/2017	- 3,5 %	- 2,6 %

⁵ Siehe Fußnote 1.

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	bis 17 Jahre	ab 18 Jahre
2008	4 478 (3 %)	140 510 (97 %)
2009	4 038 (3 %)	141 235 (97 %)
2010	3 879 (3 %)	141 079 (97 %)
2011	3 383 (3 %)	128 976 (97 %)
2012	3 357 (3 %)	127 107 (97 %)
2013	3 693 (3 %)	128 946 (97 %)
2014	3 338 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	3 339 (2 %)	133 599 (98 %)
2016	3 643 (2 %)	153 039 (98 %)
2017	3 117 (2 %)	149 535 (98 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland

Status der HiE	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG ⁶	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2008	35 264 (24 %)	7 252 (5 %)	6 281 (4 %)	71 517 (49 %)	2 141 (1 %)	3 790 (3 %)	18 874 (13 %)
2009	35 647 (25 %)	7 303 (5 %)	6 686 (5 %)	70 610 (49 %)	2 081 (1 %)	4 030 (3 %)	18 916 (13 %)
2010	35 495 (24 %)	6 835 (5 %)	6 755 (5 %)	70 813 (49 %)	2 179 (2 %)	4 335 (3 %)	18 546 (13 %)
2011	33 397 (25 %)	5 883 (4 %)	6 299 (5 %)	63 423 (48 %)	2 558 (2 %)	3 935 (3 %)	16 864 (13 %)
2012	34 113 (26 %)	5 721 (4 %)	6 029 (5 %)	61 410 (47 %)	2 850 (2 %)	4 587 (4 %)	15 754 (12 %)
2013	33 595 (25 %)	5 650 (4 %)	5 633 (4 %)	62 161 (47 %)	3 836 (3 %)	4 448 (3 %)	17 316 (13 %)
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)
2016	31 493 (20 %)	3 830 (2 %)	3 511 (2 %)	69 929 (45 %)	26 239 (17 %)	6 562 (4 %)	15 118 (10 %)
2017	30 899 (20 %)	3 496 (2 %)	3 012 (2 %)	79 202 (52 %)	14 483 (10 %)	6 476 (4 %)	15 084 (10 %)

⁶ Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Staatsangehörigkeit	Deutsche	Ausländerinnen
2008	107 436 (74 %)	37 683 (26 %)
2009	107 048 (74 %)	38 225 (26 %)
2010	105 686 (73 %)	39 270 (27 %)
2011	95 539 (72 %)	36 820 (28 %)
2012	93 785 (72 %)	36 682 (28 %)
2013	92 026 (69 %)	40 613 (31 %)
2014	86 768 (66 %)	45 281 (34 %)
2015	81 064 (59 %)	55 874 (41 %)
2016	76 991 (49 %)	79 691 (51 %)
2017	71 555 (47 %)	81 097 (53 %)

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2008	11 441 (8 %)	44 424 (31 %)	89 254 (62 %)
2009	10 949 (7 %)	44 690 (31 %)	89 634 (62 %)
2010	10 886 (8 %)	45 381 (31 %)	88 691 (61 %)
2011	9 535 (7 %)	41 376 (31 %)	81 448 (62 %)
2012	9 135 (7 %)	40 554 (31 %)	80 775 (62 %)
2013	8 759 (7 %)	40 861 (31 %)	83 019 (62 %)
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)
2016	8 165 (5 %)	43 579 (28 %)	104 938 (67 %)
2017	6 286 (4 %)	42 813 (28 %)	103 553 (68 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2008	59 395 (41 %)	54 864 (38 %)	30 862 (21 %)
2009	60 083 (41 %)	52 930 (37 %)	32 260 (22 %)
2010	59 033 (41 %)	54 602 (38 %)	31 323 (22 %)
2011	52 603 (40 %)	50 664 (38 %)	29 092 (22 %)
2012	51 351 (39 %)	50 541 (39 %)	28 572 (22 %)
2013	52 253 (39 %)	51 710 (39 %)	28 676 (22 %)
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)
2016	78 128 (50 %)	52 130 (33 %)	26 424 (17 %)
2017	76 858 (50 %)	51 337 (34 %)	24 457 (16 %)

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2008	1 275	1 018	257
Veränderung 2007/2008	- 0,3 %	+ 0,5 %	- 3,4 %
2009	1 276	1 026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1 284	1 033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1 273	1 027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1 255	1 025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1 258	1 029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %
2016	1 254	1 026	228
Veränderung 2015/2016	- 0,9 %	- 1,6 %	+ 2,7 %
2017	1 265	1 044	221
Veränderung 2016/2017	+ 0,9 %	+ 1,8 %	- 3,1 %

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2008	629 Euro
Veränderung 2007/2008	+ 23 Euro
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro
2012	695 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro
2013	692 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro
2014	694 Euro
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro
2015	669 Euro
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro
2016	634 Euro
Veränderung 2015/2016	- 35 Euro
2017	623 Euro
Veränderung 2016/2017	- 11 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2017

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2008	16 112 (11 %)	69 878 (48%)	40 541 (28%)	16 834 (12%)	1 752 (1 %)
2009	14 543 (10 %)	64 475 (44 %)	45 933 (32 %)	18 350 (13 %)	1 836 (1 %)
2010	13 667 (9 %)	65 610 (45 %)	46 816 (32 %)	17 351 (12 %)	1 513 (1 %)
2011	12 720 (10 %)	58 357 (44 %)	43 694 (33 %)	16 065 (12 %)	1 523 (1 %)
2012	11 143 (9 %)	58 110 (45 %)	42 134 (32 %)	17 422 (13 %)	1 655 (1 %)
2013	11 735 (9 %)	59 732 (45 %)	41 814 (32 %)	17 639 (13 %)	1 719 (1 %)
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)
2016	23 550 (15 %)	80 473 (51 %)	35 877 (23 %)	14 950 (10 %)	1 832 (1 %)
2017	25 700 (17 %)	79 195 (52 %)	35 877 (23 %)	9 984 (7 %)	1 896 (1 %)

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Auch im Berichtsjahr 2017 zeigten sich wieder zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

Obgleich 2017 im Bundesdurchschnitt ein Rückgang der **Zahl der Hilfeempfängerinnen** zu verzeichnen war, traf dies nicht für alle Bundesländer zu. In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Saarland und Bremen stiegen die Zahlen der bewilligten Anträge zwischen 2,4 % und 5,6 % an. Dies ging in 4 der Länder mit einem Anstieg der Antragszahlen einher. In Sachsen dagegen gab es einen Anstieg der Bewilligungen um 3,4 % trotz einem Rückgang der Antragszahlen um 7,7 %. Prozentual den stärksten Rückgang der Bewilligungen gab es in Brandenburg mit 11,9 % und Berlin mit 9,2 % (Tabelle 15).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** konnten im Jahr 2017 Bayern und das Saarland mit 96 % verzeichnen. Dabei fiel die Bewilligungsquote in Bayern um einen Prozentpunkt. Die niedrigsten Bewilligungsquoten gab es in Berlin mit 87 %, gefolgt von Brandenburg mit 89 %. In allen anderen Ländern betrug sie zwischen 90 und 96 % (Tabellen 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag 2017 wie im Vorjahr im Durchschnitt bei 98 %. In den Ländern reicht die Spanne wieder von 96 bis 99 %. Für Mädchen unter 14 Jahren gab es wie in den Vorjahren nur ganz vereinzelt Bewilligungen (Tabellen 2 und 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) veränderte sich in den meisten Bundesländern nicht wesentlich. Wie stets waren aber Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 3 und 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, war im Bundesdurchschnitt deutlich um 7 Prozentpunkte auf 52 % gestiegen. Anders als im Vorjahr waren in allen Bundesländern die Anteile der Hilfeempfängerinnen mit SGB II und SGB XII-Leistungen gestiegen und zwar zwischen 2 und 9 Prozentpunkten. Und die Anstiege waren überwiegend hoch: allein um 8 bzw. 9 Prozentpunkte betrug sie in der Hälfte der Bundesländer. Einen Anstieg um weniger als 5 Prozentpunkte gab es nur in 3 Ländern. Damit war in 2017 der Anteil dieser Gruppe in allen Ländern am höchsten; er betrug zwischen 42 % (Baden-Württemberg) und 69 % (Saarland). Rund 50 % betrug er in 8 Ländern, über 60 % in 5 (Tabelle 20).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, betrug bundesweit in 2017 wie schon im Vorjahr 20 %. Etwa in diesem Bereich bewegte er sich bei den meisten Ländern. In Baden-Württemberg und Thüringen lag er jedoch mit je 41 % deutlich höher und war dort nahezu genauso hoch wie der Anteil der Hilfeempfängerinnen mit SGB II und SGB XII-Leistungen (42 bzw. 43 %). Insgesamt ist in 2017 Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit in 14 Bundesländern die zweithäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen gewesen (Tabelle 17).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** betrug im Bundesdurchschnitt unverändert 10 % und war damit der vierthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. In den Ländern dagegen belegte er im Saarland den zweiten Platz mit 12 % und teilte sich diesen in 3 Ländern mit einem anderen Tatbestand: in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit (mit 19 bzw. 15 %) und in Bremen mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (jeweils 11 %). In 6 weiteren Ländern stellte er die dritthäufigste Haupteinkommensart dar (zwischen 8 und 14 %; Tabelle 23).

Während 2016 beim Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, ein deutlicher Anstieg auf 17 % im Bundesdurchschnitt zu verzeichnen war, ging er 2017 auf 10 % zurück. Entsprechend war in allen Bundesländern ein Rückgang zu verzeichnen, darunter in 12 Ländern um 5 Prozentpunkte und mehr. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz war der Rückgang mit jeweils 10 Prozentpunkten am höchsten. Dennoch stellte er mit 14 % in Baden-Württemberg, mit 11 % in Berlin und mit 6 % in Thüringen die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen (Tabelle 21).

Im Bundesdurchschnitt betrug der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** erhielten, wie im Vorjahr 4 %. Nach Ländern betrachtet, blieb er in 9 gleich, in 4 Ländern war er gefallen und ein Plus gab es nur in 3 Ländern. Die Veränderungen betrug einen bis 3

Prozentpunkte. Am höchsten fiel er in Niedersachsen aus mit 13 % und stellte dort sowie in Bayern mit 12 % sogar die dritthäufigste Haupteinkommensart (Tabelle 22).

Der Anteil der Bezieherinnen von **BAFöG und Ausbildungsvergütungen** unter den Hilfeempfangenerinnen im Bundesdurchschnitt lag ebenfalls unverändert bei 2 %. Nach Bundesländern betrachtet bleibt er in 8 Ländern gleich und fiel in 7 Ländern um jeweils einen Prozentpunkt und nur in Rheinland-Pfalz war er gestiegen, jedoch auch nur um einen Prozentpunkt. Mit Werten von 1 bis 3 % in 14 Ländern lag er durchgehend niedrig. Höhere Werte gab es nur in Rheinland-Pfalz mit 4 % und in Sachsen-Anhalt mit 8 %. In letztgenanntem Land war dieser Bezug damit auch die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfangenerinnen (Tabelle 19).

Anders als im Vorjahr war in 2017 der Anteil der Hilfeempfangenerinnen, die **Leistungen nach dem SGB III** bezogen, nicht überall unverändert oder rückläufig gewesen. In 3 Bundesländern war er um einen Prozentpunkt gestiegen, in 4 um den gleichen Wert gefallen. Mit Werten zwischen 0 und 3 % und einem Bundesdurchschnitt von 2 % lag er niedrig und war dennoch in 11 Bundesländern nicht die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 18).

In 2017 stieg der prozentuale Anteil der **ausländischen Hilfeempfangenerinnen** im Bundesdurchschnitt um weitere 2 Prozentpunkte auf 53 %, nachdem es in den Vorjahren hohe Anstiege um 7 bzw. 10 Prozentpunkte gegeben hatte. Zwar ging in keinem Bundesland der Anteil zurück. Er blieb aber in 3 Ländern gleich und stieg in 9 Ländern nur zwischen einem und 3 Prozentpunkten an. Die höchsten Zuwächse gab es noch in Sachsen-Anhalt mit 5 Prozentpunkten, Thüringen und dem Saarland mit jeweils 6 Prozentpunkten und Bayern mit 7 Prozentpunkten⁷. In 9 Bundesländern war er höher als der Anteil der Hilfeempfangenerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit, am höchsten in Baden-Württemberg mit 65 %. In den übrigen 7 Bundesländern, darunter alle Flächenländer im Osten sowie Niedersachsen und Schleswig-Holstein, war der Anteil der Hilfeempfangenerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit höher, am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern mit 75 %, wo entsprechend der Anteil der Hilfeempfangenerinnen mit anderer Staatsangehörigkeit mit 25 % am niedrigsten war (Tabelle 24).

Auch im Berichtsjahr 2017 wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, im Bundesdurchschnitt zu 68 %. Am seltensten kam das mit 51 % im Saarland vor. In den übrigen Ländern zu mindestens 60 % und mehr, mit Abstand am häufigsten in Thüringen und in Bremen mit 90 bzw. 91 %. Wie in den Vorjahren waren die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ im Saarland und in Sachsen am geringsten. Im Saarland stellten 37 % der Hilfeempfangenerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 51 % erst danach. In Sachsen betrug der Anteil der

⁷ Siehe Sozialdatenbericht 2016, Tabelle 24; <https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/fachinformation/> „Sozialdatenstatistik“.

Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 36 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 56 % der Anträge gestellt (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestanden nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den westlichen Bundesländern und Berlin machten in fast allen Ländern die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (zwischen 48 % und 59 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen war zu meist der geringste (zwischen 10 % und 19 %). Nur im Saarland als einzigem westlichen Bundesland wurden mit 59 % die meisten Bewilligungen alleinlebenden Hilfeempfängerinnen gewährt. Thüringen war das einzige östliche Bundesland, in dem die in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen die größte Gruppe ausmachen, allerdings waren es nur 38 %. Mit 33 % alleinlebenden Hilfeempfängerinnen und 29 %, die in eheähnlicher Gemeinschaft lebten, war die Verteilung dort ziemlich gleichmäßig (Tabelle 26).

Im Bundesdurchschnitt ging 2017 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung** um 11 Euro und somit 1,7 % zurück. In den Ländern war das unterschiedlich. Einen prozentualen Rückgang des Durchschnittsbetrages gab es in 9 Ländern, den größten mit 21,1 % in Baden-Württemberg, gefolgt von Berlin mit 8,7 %, Schleswig-Holstein mit 7,1 % und Bayern mit 6,3 %. Im Übrigen waren die Rückgänge moderat. Der stärkste Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages war 2017 mit 12,1 % in Niedersachsen zu verzeichnen, gefolgt von Sachsen mit 10,5 % und Thüringen mit 4,5 %.

Erneut war Bremen das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag, der mit nur 374 Euro nochmals sank (2016 waren es 381 Euro und 2015 395 Euro). Den zweitniedrigsten Durchschnittsbetrag erhielten Hilfeempfängerinnen 2017 in Schleswig-Holstein mit 432 Euro, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 484 Euro. Lagen 2016 die Durchschnittswerte in 5 Ländern unter 500 Euro, war dies 2017 nur noch in 4 Ländern der Fall. Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2017 wieder in Bayern mit 1 039 Euro. Aber auch dieser ging um 70 Euro zurück. Es folgte mit weitem Abstand Thüringen mit 813 Euro und Rheinland-Pfalz mit 800 Euro. Insgesamt lag der Durchschnittsbetrag wie im Vorjahr in 6 Ländern über dem Bundesdurchschnitt und in 10 darunter (Tabelle 29).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2017 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet⁸. Bayern hat Eigenmittel von 2 219 936 Euro aufgebracht, 358 635 Euro mehr als 2016. Prozentual war das ein Anstieg um 19,3 %. In Thüringen gab es einen Anstieg um 6 263 Euro und damit um 40,6 % auf 21 675 Euro. In den anderen genannten Ländern verringerte sich der jeweilige Betrag um 16,6 bis 25,8 % (Tabelle 33).

⁸ Die zentrale Einrichtung in Berlin hat ihre Bewertung zu diesem Erhebungsmerkmal nach in Krafttreten der Legende zur Sozialdatenstatistik neu bewertet.

V. Länder – Daten 2017

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	10 194 (100 %)	13 443 (100 %)	8 190 (100 %)	7 794 (100 %)
2009	11 634 (100 %)	13 099 (100 %)	8 721 (100 %)	7 396 (100 %)
2010	11 285 (100 %)	13 971 (100 %)	8 919 (100 %)	7 274 (100 %)
2011	11 108 (100 %)	10 890 (100 %)	8 744 (100 %)	6 810 (100 %)
2012	10 943 (100 %)	12 485 (100 %)	8 563 (100 %)	6 495 (100 %)
2013	11 139 (100 %)	12 724 (100 %)	8 679 (100 %)	6 320 (100 %)
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)
2016	17 178 (100 %)	16 741 (100 %)	9 615 (100 %)	5 790 (100 %)
2017	16 285 (100 %)	16 402 (100 %)	8 895 (100 %)	5 212 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2008	2 190 (100 %)	4 558 (100 %)	10 315 (100 %)	6 120 (100 %)
2009	2 332 (100 %)	4 697 (100 %)	10 487 (100 %)	5 835 (100 %)
2010	2 074 (100 %)	4 687 (100 %)	10 331 (100 %)	5 703 (100 %)
2011	2 021 (100 %)	4 568 (100 %)	9 693 (100 %)	5 250 (100 %)
2012	2 068 (100 %)	4 603 (100 %)	9 359 (100 %)	5 028 (100 %)
2013	2 065 (100 %)	4 787 (100 %)	9 553 (100 %)	4 716 (100 %)
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)
2016	2 543 (100 %)	5 595 (100 %)	12 027 (100 %)	4 380 (100 %)
2017	2 673 (100 %)	5 323 (100 %)	11 570 (100 %)	4 035 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	17 855 (100 %)	36 682 (100 %)	5 721 (100 %)	1 746 (100 %)
2009	17 942 (100 %)	38 513 (100 %)	5 878 (100 %)	1 856 (100 %)
2010	17 797 (100 %)	37 887 (100 %)	5 718 (100 %)	1 755 (100 %)
2011	16 464 (100 %)	35 613 (100 %)	5 121 (100 %)	1 550 (100 %)
2012	15 749 (100 %)	35 830 (100 %)	5 280 (100 %)	1 521 (100 %)
2013	16 099 (100 %)	36 627 (100 %)	5 410 (100 %)	1 478 (100 %)
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)
2016	19 100 (100 %)	44 934 (100 %)	6 340 (100 %)	2 104 (100 %)
2017	17 627 (100 %)	45 259 (100 %)	6 159 (100 %)	2 202 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008	10 785 (100 %)	7 477 (100 %)	6 769 (100 %)	5 919 (100 %)
2009	10 440 (100 %)	7 209 (100 %)	6 766 (100 %)	5 410 (100 %)
2010	9 867 (100 %)	6 747 (100 %)	6 835 (100 %)	5 686 (100 %)
2011	8 855 (100 %)	6 191 (100 %)	6 399 (100 %)	5 227 (100 %)
2012	8 319 (100 %)	5 946 (100 %)	6 358 (100 %)	4 699 (100 %)
2013	8 174 (100 %)	5 892 (100 %)	6 488 (100 %)	4 624 (100 %)
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)
2016	8 261 (100 %)	5 773 (100 %)	7 763 (100 %)	4 333 (100 %)
2017	7 622 (100 %)	5 358 (100 %)	7 832 (100 %)	4 008 (100 %)

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	10 180 (93 %)	13 179 (98 %)	7 522 (92 %)	7 616 (98 %)
2009	10 737 (92 %)	12 842 (98 %)	7 915 (91 %)	7 205 (97 %)
2010	10 915 (97 %)	13 564 (97 %)	8 101 (91 %)	7 053 (97 %)
2011	10 397 (94 %)	10 573 (97 %)	7 777 (89 %)	6 604 (97 %)
2012	10 048 (92 %)	12 110 (97 %)	7 519 (88 %)	6 141 (95 %)
2013	10 474 (94 %)	12 325 (97 %)	7 767 (89 %)	6 292 (100 %)
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)
2016	16 019 (93 %)	16 215 (97 %)	8 552 (89 %)	5 271 (91 %)
2017	15 243 (94 %)	15 805 (96 %)	7 765 (87 %)	4 642 (89 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2008	2 056 (94 %)	4 338 (95 %)	9 569 (93 %)	5 753 (94 %)
2009	2 192 (94 %)	4 459 (95 %)	9 698 (92 %)	5 467 (94 %)
2010	1 971 (95 %)	4 457 (95 %)	9 632 (93 %)	5 382 (94 %)
2011	1 904 (94 %)	4 312 (94 %)	8 948 (92 %)	4 907 (94 %)
2012	1 945 (94 %)	4 334 (94 %)	8 628 (92 %)	4 619 (92 %)
2013	1 928 (93 %)	4 544 (95 %)	8 873 (93 %)	4 362 (93 %)
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)
2016	2 398 (94 %)	5 199 (93 %)	11 140 (93 %)	3 952 (90 %)
2017	2 533 (95 %)	4 982 (94 %)	10 911 (94 %)	3 658 (91 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	16 370 (92 %)	32 396 (88 %)	5 091 (89 %)	1 702 (97 %)
2009	16 536 (91 %)	33 539 (87 %)	5 379 (92 %)	1 784 (96 %)
2010	16 475 (93 %)	33 367 (88 %)	5 126 (90 %)	1 710 (97 %)
2011	14 970 (91 %)	31 083 (87 %)	4 582 (89 %)	1 500 (97 %)
2012	14 504 (92 %)	31 432 (88 %)	4 625 (88 %)	1 477 (97 %)
2013	14 647 (91 %)	32 160 (88 %)	4 704 (87 %)	1 428 (97 %)
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)
2016	17 321 (91 %)	39 656 (88 %)	5 855 (92 %)	2 021 (96 %)
2017	15 994 (91 %)	40 593 (90 %)	5 578 (91 %)	2 119 (96 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008	10 769 (100 %)	6 998 (94 %)	6 095 (90 %)	5 485 (93 %)
2009	9 556 (92 %)	6 732 (93 %)	6 149 (91 %)	5 083 (94 %)
2010	9 289 (94 %)	6 258 (93 %)	6 296 (92 %)	5 362 (94 %)
2011	8 310 (94 %)	5 788 (93 %)	5 881 (92 %)	4 823 (92 %)
2012	7 371 (89 %)	5 484 (92 %)	5 913 (93 %)	4 314 (92 %)
2013	7 359 (90 %)	5 440 (92 %)	6 075 (94 %)	4 261 (92 %)
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)
2016	6 890 (83 %)	5 304 (92 %)	6 999 (90 %)	3 890 (90 %)
2017	7 127 (94 %)	4 884 (91 %)	7 210 (92 %)	3 608 (90 %)

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
bis 17 Jahre	278 (2 %)	400 (3 %)	129 (2 %)	64 (1 %)
ab 18 Jahre	14 965 (98 %)	15 405 (97 %)	7 636 (98 %)	4 578 (99 %)

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
bis 17 Jahre	44 (2 %)	89 (2 %)	142 (1 %)	116 (3 %)
ab 18 Jahre	2 489 (98 %)	4 893 (98 %)	10 769 (99 %)	3 542 (97 %)

Alter	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
bis 17 Jahre	349 (2 %)	679 (2 %)	118 (2 %)	51 (2 %)
ab 18 Jahre	15 645 (98 %)	39 914 (98 %)	5 460 (98 %)	2 068 (98 %)

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
bis 17 Jahre	245 (3 %)	204 (4 %)	96 (1 %)	113 (3 %)
ab 18 Jahre	6 882 (97 %)	4 680 (96 %)	7 114 (99 %)	3 495 (97 %)

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

HiE mit Arbeits-einkommen	Baden-Würt-temberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	3 720 (37 %)	6 625 (50 %)	1 935 (26 %)	2 113 (28 %)
2009	3 847 (36 %)	5 900 (46 %)	1 991 (25 %)	2 048 (28 %)
2010	3 368 (31 %)	6 013 (44 %)	1 846 (23 %)	2 196 (31 %)
2011	3 826 (37 %)	4 905 (46 %)	1 616 (21 %)	2 191 (33 %)
2012	3 284 (33 %)	6 556 (54 %)	1 750 (23 %)	2 134 (35 %)
2013	2 917 (28 %)	6 026 (49 %)	1 940 (25 %)	2 109 (34 %)
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)
2016	5 384 (34 %)	4 058 (25 %)	1 895 (22 %)	1 332 (25 %)
2017	6 274 (41 %)	3 088 (20 %)	1 615 (21 %)	1 186 (26 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen-burg-Vor-pommern
2008	327 (16 %)	842 (19 %)	2 354 (25 %)	1 383 (24 %)
2009	264 (12 %)	898 (20 %)	2 203 (23 %)	1 456 (27 %)
2010	253 (13 %)	1 010 (23 %)	2 060 (22 %)	1 423 (26 %)
2011	287 (15 %)	1 002 (23 %)	2 055 (23 %)	1 364 (28 %)
2012	304 (16 %)	988 (23 %)	1 858 (22 %)	1 308 (28 %)
2013	262 (14 %)	1 054 (23 %)	1 803 (20 %)	1 244 (28 %)
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)
2016	195 (8 %)	965 (19 %)	1 729 (15 %)	903 (23 %)
2017	218 (8 %)	962 (19 %)	1 614 (15 %)	861 (24 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	2 400 (15 %)	5 401 (17 %)	1 183 (23 %)	282 (17 %)
2009	2 603 (16 %)	5 705 (17 %)	1 323 (25 %)	274 (15 %)
2010	2 511 (15 %)	5 776 (17 %)	1 569 (31 %)	271 (16 %)
2011	2 358 (16 %)	5 733 (18 %)	1 099 (24 %)	243 (16 %)
2012	2 253 (16 %)	5 885 (19 %)	1 191 (26 %)	275 (19 %)
2013	2 430 (17 %)	5 882 (18 %)	1 160 (25 %)	267 (20 %)
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)
2016	2 291 (13 %)	5 727 (14 %)	1 077 (18 %)	243 (12 %)
2017	2 166 (14 %)	5 992 (15 %)	1 059 (19 %)	234 (11 %)

HiE mit Arbeitsein-kommen	Sachsen	Sachsen-An-halt	Schleswig-Hol-stein	Thüringen
2008	1 561 (14 %)	1 090 (16 %)	1 653 (27 %)	2 395 (44 %)
2009	1 501 (16 %)	1 467 (22 %)	1 825 (30 %)	2 342 (46 %)
2010	1 434 (15 %)	1 517 (24 %)	1 876 (30 %)	2 372 (44 %)
2011	1 343 (16 %)	1 370 (24 %)	1 934 (33 %)	2 071 (43 %)
2012	1 220 (17 %)	1 259 (23 %)	1 988 (34 %)	1 860 (43 %)
2013	1 283 (17 %)	1 350 (25 %)	2 071 (34 %)	1 797 (42 %)
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)
2016	1 140 (17 %)	988 (19 %)	1 850 (27 %)	1 716 (44 %)
2017	1 232 (17 %)	883 (18 %)	2 049 (28 %)	1 466 (41 %)

Tabelle 18: Hilfeempfangenerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	636 (6 %)	1 427 (11 %)	178 (2 %)	303 (4 %)
2009	646 (6 %)	1 327 (10 %)	207 (3 %)	254 (4 %)
2010	654 (6 %)	1 192 (8 %)	185 (2 %)	265 (4 %)
2011	641 (6 %)	670 (6 %)	197 (3 %)	285 (4 %)
2012	629 (6 %)	779 (6 %)	210 (3 %)	255 (4 %)
2013	602 (6 %)	791 (6 %)	173 (2 %)	242 (4 %)
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)
2016	0 (0 %)	492 (3 %)	124 (1 %)	149 (3 %)
2017	13 (0 %)	362 (2 %)	73 (1 %)	119 (3 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2008	48 (2 %)	130 (3 %)	793 (8 %)	315 (5 %)
2009	57 (3 %)	233 (5 %)	531 (6 %)	274 (5 %)
2010	49 (2 %)	303 (7 %)	453 (5 %)	289 (5 %)
2011	44 (2 %)	293 (7 %)	335 (4 %)	304 (6 %)
2012	43 (2 %)	131 (3 %)	387 (4 %)	283 (6 %)
2013	33 (2 %)	171 (4 %)	377 (4 %)	225 (5 %)
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)
2016	26 (1 %)	131 (2 %)	292 (2 %)	144 (3 %)
2017	47 (2 %)	143 (3 %)	286 (2 %)	126 (3 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	600 (4 %)	1 270 (4 %)	275 (5 %)	74 (4 %)
2009	652 (4 %)	1 507 (4 %)	298 (6 %)	77 (4 %)
2010	614 (4 %)	1 354 (4 %)	290 (6 %)	69 (4 %)
2011	538 (4 %)	1 176 (4 %)	275 (6 %)	73 (5 %)
2012	488 (3 %)	1 222 (4 %)	246 (5 %)	62 (4 %)
2013	556 (4 %)	1 214 (4 %)	254 (5 %)	53 (4 %)
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)
2016	462 (3 %)	1 105 (3 %)	237 (4 %)	45 (2 %)
2017	396 (2 %)	1 126 (3 %)	177 (3 %)	42 (2 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008	324 (3 %)	159 (2 %)	227 (4 %)	493 (9 %)
2009	302 (3 %)	178 (3 %)	247 (4 %)	513 (10 %)
2010	281 (3 %)	148 (2 %)	241 (4 %)	448 (8 %)
2011	262 (3 %)	168 (3 %)	243 (4 %)	379 (8 %)
2012	253 (3 %)	187 (3 %)	245 (4 %)	301 (7 %)
2013	217 (3 %)	185 (4 %)	229 (4 %)	328 (8 %)
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)
2016	171 (2 %)	105 (2 %)	214 (3 %)	133 (3 %)
2017	178 (3 %)	92 (2 %)	229 (3 %)	87 (2 %)

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	691 (7 %)	567 (4 %)	198 (3 %)	294 (4 %)
2009	654 (6 %)	555 (4 %)	262 (3 %)	306 (4 %)
2010	680 (6 %)	629 (5 %)	313 (4 %)	291 (4 %)
2011	659 (6 %)	523 (5 %)	332 (4 %)	245 (4 %)
2012	686 (7 %)	525 (4 %)	291 (4 %)	221 (4 %)
2013	694 (7 %)	450 (4 %)	332 (4 %)	183 (3 %)
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)
2016	145 (2 %)	76 (1 %)	230 (3 %)	136 (3 %)
2017	169 (1 %)	62 (0 %)	128 (2 %)	103 (2 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2008	97 (5 %)	206 (5 %)	317 (3 %)	408 (7 %)
2009	98 (4 %)	251 (6 %)	325 (3 %)	357 (6 %)
2010	81 (4 %)	150 (3 %)	315 (3 %)	317 (6 %)
2011	76 (4 %)	129 (3 %)	268 (3 %)	301 (6 %)
2012	73 (4 %)	104 (2 %)	294 (3 %)	239 (5 %)
2013	71 (4 %)	110 (2 %)	261 (3 %)	210 (5 %)
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)
2016	60 (2 %)	107 (2 %)	195 (2 %)	111 (3 %)
2017	41 (2 %)	92 (2 %)	184 (2 %)	118 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	910 (6 %)	871 (3 %)	186 (4 %)	96 (6 %)
2009	844 (5 %)	1 015 (3 %)	55 (1 %)	102 (6 %)
2010	885 (5 %)	1 040 (3 %)	158 (3 %)	89 (5 %)
2011	896 (6 %)	951 (3 %)	180 (4 %)	85 (6 %)
2012	853 (6 %)	988 (3 %)	154 (3 %)	106 (7 %)
2013	842 (6 %)	902 (3 %)	131 (3 %)	72 (5 %)
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)
2016	608 (3 %)	722 (2 %)	151 (3 %)	57 (3 %)
2017	511 (3 %)	587 (1 %)	191 (4 %)	58 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008	455 (4 %)	204 (3 %)	343 (6 %)	438 (8 %)
2009	390 (4 %)	763 (11 %)	296 (5 %)	413 (8 %)
2010	376 (4 %)	686 (11 %)	299 (5 %)	446 (8 %)
2011	319 (4 %)	656 (11 %)	251 (4 %)	428 (9 %)
2012	254 (3 %)	586 (11 %)	279 (5 %)	376 (9 %)
2013	238 (3 %)	535 (10 %)	232 (4 %)	370 (9 %)
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)
2016	148 (2 %)	450 (9 %)	211 (3 %)	104 (3 %)
2017	125 (2 %)	405 (8 %)	126 (2 %)	112 (3 %)

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	3 330 (33 %)	4 350 (33 %)	4 796 (64 %)	4 125 (54 %)
2009	3 563 (33 %)	4 879 (38 %)	5 050 (64 %)	3 881 (54 %)
2010	3 551 (33 %)	5 580 (41 %)	5 285 (65 %)	3 460 (49 %)
2011	3 443 (33 %)	4 323 (41 %)	5 124 (66 %)	3 122 (48 %)
2012	3 860 (38 %)	4 120 (34 %)	4 696 (63 %)	2 850 (47 %)
2013	3 267 (31 %)	4 795 (39 %)	4 643 (60 %)	3 068 (49 %)
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)
2016	5 431 (34 %)	7 117 (44 %)	4 716 (55 %)	2 486 (47 %)
2017	6 419 (42 %)	7 698 (49 %)	4 933 (63 %)	2 332 (50 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2008	1 189 (58 %)	2 281 (53 %)	4 593 (48 %)	3 219 (56 %)
2009	1 316 (60 %)	2 328 (52 %)	4 595 (47 %)	2 868 (52 %)
2010	1 180 (60 %)	2 411 (54 %)	4 550 (47 %)	2 830 (53 %)
2011	1 141 (60 %)	1 966 (46 %)	4 292 (48 %)	2 466 (50 %)
2012	1 128 (58 %)	2 114 (49 %)	3 850 (45 %)	2 388 (52 %)
2013	1 051 (55 %)	2 111 (47 %)	3 974 (45 %)	2 280 (52 %)
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)
2016	1 413 (59 %)	2 356 (45 %)	4 420 (40 %)	1 978 (50 %)
2017	1 646 (65 %)	2 613 (53 %)	5 200 (48 %)	1 884 (52 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	8 305 (51 %)	15 735 (49 %)	1 985 (39 %)	901 (53 %)
2009	8 545 (52 %)	16 205 (48 %)	2 015 (38 %)	995 (56 %)
2010	8 671 (53 %)	16 232 (49 %)	2 025 (40 %)	949 (55 %)
2011	7 549 (50 %)	14 817 (48 %)	1 767 (39 %)	783 (52 %)
2012	7 214 (50 %)	14 889 (47 %)	1 854 (40 %)	737 (50 %)
2013	7 121 (49 %)	15 567 (48 %)	1 808 (38 %)	776 (54 %)
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)
2016	7 719 (45 %)	18 177 (46 %)	2 151 (37 %)	1 327 (66 %)
2017	8 663 (54 %)	21 682 (53 %)	2 581 (46 %)	1 459 (69 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008	7 240 (67 %)	5 062 (72 %)	2 517 (41 %)	1 889 (34 %)
2009	6 423 (67 %)	3 825 (57 %)	2 559 (42 %)	1 563 (31 %)
2010	6 172 (66 %)	3 463 (56 %)	2 663 (42 %)	1 791 (34 %)
2011	5 537 (67 %)	3 163 (55 %)	2 328 (40 %)	1 602 (33 %)
2012	4 938 (67 %)	3 017 (55 %)	2 303 (39 %)	1 452 (34 %)
2013	4 946 (67 %)	2 886 (53 %)	2 421 (40 %)	1 447 (34 %)
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)
2016	3 961 (57 %)	2 886 (54 %)	2 469 (35 %)	1 322 (34 %)
2017	4 389 (62 %)	2 960 (61 %)	3 169 (44 %)	1 574 (43 %)

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	29 (0 %)	6 (0 %)	212 (3 %)	62 (1 %)
2009	109 (1 %)	2 (0 %)	202 (3 %)	62 (1 %)
2010	118 (1 %)	9 (0 %)	263 (3 %)	73 (1 %)
2011	129 (1 %)	20 (0 %)	341 (4 %)	70 (1 %)
2012	161 (2 %)	19 (0 %)	387 (5 %)	87 (1 %)
2013	133 (1 %)	122 (1 %)	473 (6 %)	104 (2 %)
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)
2016	3 804 (24 %)	2 169 (13 %)	1 443 (17 %)	589 (11 %)
2017	2 102 (14 %)	1 275 (8 %)	866 (11 %)	404 (9 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2008	95 (5 %)	143 (3 %)	101 (1 %)	2 (0 %)
2009	95 (4 %)	111 (3 %)	108 (1 %)	3 (0 %)
2010	67 (3 %)	103 (2 %)	118 (1 %)	2 (0 %)
2011	77 (4 %)	195 (4 %)	156 (2 %)	6 (0 %)
2012	68 (3 %)	220 (5 %)	179 (2 %)	5 (0 %)
2013	125 (6 %)	181 (4 %)	277 (3 %)	35 (1 %)
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)
2016	372 (16 %)	808 (16 %)	2 192 (20 %)	272 (7 %)
2017	288 (11 %)	473 (9 %)	1 293 (12 %)	147 (4 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	378 (2 %)	831 (3 %)	2 (0 %)	22 (1 %)
2009	343 (2 %)	796 (2 %)	3 (0 %)	23 (1 %)
2010	357 (2 %)	786 (2 %)	10 (0 %)	18 (1 %)
2011	396 (3 %)	831 (3 %)	6 (0 %)	14 (1 %)
2012	410 (3 %)	983 (3 %)	14 (0 %)	27 (2 %)
2013	540 (4 %)	1 336 (4 %)	113 (2 %)	19 (1 %)
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)
2016	3 308 (19 %)	7 156 (18 %)	1 079 (18 %)	131 (6 %)
2017	1 376 (9 %)	4 197 (10 %)	431 (8 %)	51 (2 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008	48 (0 %)	92 (1 %)	91 (1 %)	27 (0 %)
2009	35 (0 %)	77 (1 %)	88 (1 %)	24 (1 %)
2010	36 (0 %)	90 (1 %)	95 (1 %)	34 (1 %)
2011	46 (1 %)	107 (2 %)	131 (2 %)	33 (1 %)
2012	52 (1 %)	98 (2 %)	109 (2 %)	31 (1 %)
2013	58 (1 %)	126 (3 %)	153 (3 %)	41 (1 %)
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)
2016	655 (10 %)	561 (11 %)	1 274 (18 %)	426 (11 %)
2017	531 (7 %)	225 (5 %)	618 (9 %)	206 (6 %)

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	197 (2 %)	83 (1 %)	18 (0 %)	26 (0 %)
2009	136 (1 %)	78 (1 %)	18 (0 %)	26 (0 %)
2010	121 (1 %)	73 (1 %)	16 (0 %)	25 (0 %)
2011	98 (1 %)	60 (1 %)	11 (0 %)	28 (0 %)
2012	124 (1 %)	57 (1 %)	9 (0 %)	20 (0 %)
2013	89 (1 %)	63 (0 %)	13 (0 %)	28 (0 %)
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)
2016	0 (0 %)	2 093 (13 %)	11 (0 %)	65 (1 %)
2017	0 (0 %)	1 925 (12 %)	7 (0 %)	23 (0 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2008	29 (1 %)	4 (0 %)	211 (2 %)	37 (1 %)
2009	19 (1 %)	6 (0 %)	454 (5 %)	32 (1 %)
2010	29 (1 %)	6 (0 %)	502 (5 %)	49 (1 %)
2011	26 (1 %)	3 (0 %)	494 (6 %)	41 (1 %)
2012	64 (3 %)	19 (0 %)	834 (10 %)	28 (1 %)
2013	41 (2 %)	9 (0 %)	842 (9 %)	27 (1 %)
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)
2016	103 (4 %)	6 (0 %)	771 (7 %)	36 (1 %)
2017	24 (1 %)	61 (1 %)	790 (7 %)	32 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	2 063 (13 %)	779 (2 %)	28 (1 %)	17 (1 %)
2009	2 067 (13 %)	842 (3 %)	34 (1 %)	21 (1 %)
2010	2 036 (12 %)	1 004 (3 %)	42 (1 %)	30 (2 %)
2011	1 985 (13 %)	711 (2 %)	40 (1 %)	31 (2 %)
2012	2 110 (15 %)	861 (3 %)	54 (1 %)	16 (1 %)
2013	2 091 (14 %)	777 (2 %)	49 (1 %)	22 (1 %)
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)
2016	1 973 (11 %)	995 (2 %)	49 (1 %)	23 (1 %)
2017	2 027 (13 %)	1 073 (3 %)	64 (1 %)	25 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008	98 (1 %)	25 (0 %)	71 (1 %)	104 (2 %)
2009	91 (1 %)	25 (0 %)	78 (1 %)	103 (2 %)
2010	120 (1 %)	28 (0 %)	170 (3 %)	84 (2 %)
2011	106 (1 %)	27 (0 %)	164 (3 %)	110 (2 %)
2012	90 (1 %)	19 (0 %)	179 (3 %)	103 (2 %)
2013	75 (1 %)	23 (0 %)	182 (3 %)	117 (2 %)
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)
2016	79 (1 %)	25 (0 %)	260 (4 %)	73 (2 %)
2017	102 (1 %)	23 (0 %)	234 (3 %)	66 (2 %)

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	1 577 (15 %)	121 (1 %)	185 (2 %)	693 (9 %)
2009	1 782 (17 %)	101 (1 %)	185 (2 %)	628 (9 %)
2010	2 423 (22 %)	68 (1 %)	193 (2 %)	743 (11 %)
2011	1 601 (16 %)	72 (1 %)	156 (2 %)	663 (10 %)
2012	1 304 (13 %)	54 (1 %)	176 (2 %)	574 (9 %)
2013	2 772 (26 %)	78 (1 %)	193 (2 %)	558 (9 %)
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)
2016	1 255 (8 %)	210 (1 %)	133 (2 %)	514 (10 %)
2017	266 (2 %)	1 395 (9 %)	143 (2 %)	475 (10 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2008	271 (13 %)	732 (17 %)	1 200 (13 %)	389 (7 %)
2009	343 (16 %)	632 (14 %)	1 482 (15 %)	477 (9 %)
2010	312 (16 %)	474 (11 %)	1 634 (17 %)	472 (9 %)
2011	253 (13 %)	724 (17 %)	1 348 (15 %)	425 (9 %)
2012	265 (14 %)	758 (18 %)	1 226 (14 %)	368 (8 %)
2013	345 (18 %)	908 (20 %)	1 339 (15 %)	341 (8 %)
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)
2016	229 (10 %)	826 (16 %)	1 541 (14 %)	508 (13 %)
2017	269 (11 %)	638 (13 %)	1 544 (14 %)	490 (13 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008	1 714 (10 %)	7 509 (23 %)	1 432 (28 %)	310 (18 %)
2009	1 482 (9 %)	7 469 (22 %)	1 651 (31 %)	292 (17 %)
2010	1 401 (9 %)	7 175 (22 %)	1 032 (20 %)	284 (17 %)
2011	1 248 (8 %)	6 864 (22 %)	1 215 (27 %)	271 (18 %)
2012	1 176 (8 %)	6 604 (21 %)	1 112 (24 %)	254 (17 %)
2013	1 067 (7 %)	6 482 (20 %)	1 189 (25 %)	219 (15 %)
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)
2016	960 (6 %)	5 774 (15 %)	1 111 (19 %)	195 (10 %)
2017	855 (5 %)	5 936 (15 %)	1 075 (19 %)	250 (12 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008	1 043 (10 %)	366 (5 %)	1 193 (20 %)	139 (3 %)
2009	814 (9 %)	397 (6 %)	1 056 (17 %)	125 (2 %)
2010	870 (9 %)	326 (6 %)	952 (15 %)	187 (3 %)
2011	697 (8 %)	297 (5 %)	830 (14 %)	200 (4 %)
2012	564 (8 %)	318 (6 %)	810 (14 %)	191 (4 %)
2013	542 (7 %)	335 (6 %)	787 (13 %)	161 (4 %)
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)
2016	736 (11 %)	289 (5 %)	721 (10 %)	116 (3 %)
2017	570 (8 %)	296 (6 %)	785 (11 %)	97 (3 %)

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern

Staatsangehörigkeit	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Deutsche	5 269 (35 %)	6 043 (38 %)	3 175 (41 %)	3 395 (73 %)
Ausländerinnen	9 974 (65 %)	9 762 (62 %)	4 590 (59 %)	1 247 (27 %)

Staatsangehörigkeit	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche	947 (37 %)	2 016 (40 %)	3 912 (36 %)	2 730 (75 %)
Ausländerinnen	1 586 (63 %)	2 966 (60 %)	6 999 (64 %)	928 (25 %)

Staatsangehörigkeit	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Deutsche	8 151 (51 %)	17 412 (43 %)	2 721 (49 %)	832 (39 %)
Ausländerinnen	7 843 (49 %)	23 181 (57 %)	2 857 (51 %)	1 287 (61 %)

Staatsangehörigkeit	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Deutsche	5 145 (72 %)	3 275 (67 %)	3 995 (55 %)	2 537 (70 %)
Ausländerinnen	1 982 (28 %)	1 609 (33 %)	3 215 (45 %)	1 071 (30 %)

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern

Schwangerschaftswoche	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	407 (3 %)	119 (1 %)	70 (1 %)	85 (2 %)
13. bis 20.	5 650 (37 %)	4 098 (26 %)	1 069 (14 %)	1 006 (22 %)
nach der 20.	9 186 (60 %)	11 588 (73 %)	6 626 (85 %)	3 551 (76 %)

Schwangerschaftswoche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
1. bis 12.	26 (1 %)	123 (2 %)	346 (3 %)	43 (1 %)
13. bis 20.	203 (8 %)	1 075 (22 %)	2 097 (19 %)	853 (23 %)
nach der 20.	2 304 (91 %)	3 784 (76 %)	8 468 (78 %)	2 762 (76 %)

Schwangerschaftswoche	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
1. bis 12.	261 (2 %)	2 822 (7 %)	453 (8 %)	260 (12 %)
13. bis 20.	4 626 (29 %)	13 529 (33 %)	1 302 (23 %)	773 (37 %)
nach der 20.	11 107 (69 %)	24 242 (60 %)	3 823 (69 %)	1 086 (51 %)

Schwangerschaftswoche	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1. bis 12.	548 (8 %)	107 (2 %)	611 (8 %)	5 (0 %)
13. bis 20.	2 591 (36 %)	1 512 (31 %)	2 062 (29 %)	367 (10 %)
nach der 20.	3 988 (56 %)	3 265 (67 %)	4 537 (63 %)	3 236 (90 %)

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	8 452 (56 %)	8 503 (54 %)	3 801 (49 %)	1 513 (32 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5 062 (33 %)	5 317 (34 %)	2 758 (35 %)	1 894 (41 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 729 (11 %)	1 985 (12 %)	1 206 (16 %)	1 235 (27 %)

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 213 (48 %)	2 520 (51 %)	6 381 (59 %)	1 212 (33 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	921 (36 %)	1 794 (36 %)	3 433 (31 %)	1 571 (43 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	399 (16 %)	668 (13 %)	1 097 (10 %)	875 (24 %)

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	8 160 (51 %)	22 075 (54 %)	3 054 (55 %)	582 (28 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4 858 (30 %)	12 468 (31 %)	1 522 (27 %)	1 258 (59 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2 976 (19 %)	6 050 (15 %)	1 002 (18 %)	279 (13 %)

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	2 404 (34 %)	1 806 (37 %)	3 819 (53 %)	1 363 (38 %)
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3 076 (43 %)	2 151 (44 %)	2 048 (28 %)	1 206 (33 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 647 (23 %)	927 (19 %)	1 343 (19 %)	1 039 (29 %)

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	152 (100 %)	52 (100 %)	66 (100 %)
Freie Trägerschaft	202 (85 %)	72 (47 %)	45 (87 %)	53 (80 %)
Staatlich/kommunal	36 (15 %)	80 (53 %)	7 (13 %)	13 (20 %)
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	153 (100 %)	50 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (85 %)	77 (50 %)	45 (90 %)	49 (79 %)
Staatlich/kommunal	21 (15 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	13 (21 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	155 (100 %)	54 (100 %)	63 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (83 %)	78 (50 %)	49 (91 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	77 (50 %)	5 (9 %)	12 (19 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	148 (100 %)	52 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (82 %)	72 (50 %)	47 (90 %)	52 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	149 (100 %)	52 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	73 (49 %)	46 (88 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (51 %)	6 (12 %)	12 (19 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	55 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	49 (89 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	6 (11 %)	11 (19 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	76 (50 %)	43 (90 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenb.- Vorpommern
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	94 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	94 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	239 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	162 (68 %)	158 (87 %)	80 (100 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	77 (32 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	76 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	168 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	77 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (70 %)	157 (87 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	75 (30 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (74 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	62 (26 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	177 (73 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	64 (27 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	21 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (74 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (90 %)
Staatlich/kommunal	61 (26 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	2 (10 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	230 (100 %)	188 (100 %)	93 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	167 (89 %)	92 (99 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	57 (25 %)	21 (11 %)	1 (1 %)	1 (5 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	50 (100 %)	49 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	59 (75 %)	48 (96 %)	36 (73 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	2 (4 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	50 (100 %)	49 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	60 (75 %)	48 (96 %)	36 (73 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	2 (4 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	49 (100 %)	50 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	61 (76 %)	47 (96 %)	37 (74 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	19 (24 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (78 %)	46 (96 %)	37 (74 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	18 (22 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	51 (100 %)	36 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (81 %)	46 (96 %)	38 (75 %)	36 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (4 %)	13 (25 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	64 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	43 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	41 (95 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2017 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5-facher RS AL = 2-facher RS	2,0 x RS (Härtefälle 2,5 x RS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunftsk.	§ 53 AO	Einkommensgrenze Stiftung – Grundlage Bruttobezüge: AL = 5 x RS Paare/LG = 4 x RS HA = 3 x RS Härtefallregelung: § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO AL = 5 x RS HA = 4 x RS
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	HV = 2 x RS HA = 1 x RS + Unterkunftskosten	AL: 3 x RL HV/HA: 2 x RL Kinder: 1 ½ RL zuzügl. Warmmiete	RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL	1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5*RS HA = 2,5*RS Grundlage Bruttobezüge	HV = 3 x RS HA = 2 x 80 % RS HA (0 – 5 J.) = 1,5 x 60 % RS HA (6 – 13 J.) = 1,5 x 70 % RS HA (14 – 24 J.) = 1,5 x 80 % RS AL = 3,75 x RS + Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + tatsächliche Kosten für Unterkunft + tatsächliche angemessene wirtschaftliche Ausgaben	AL 2,5 x RS+ KdU ansonsten 1,5 x RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5 x RS AL 2 x RS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit	HV/HA = 1,5 x RS AL = 2 x RS + angem. KdU	HV = 2 x RS AL = 3 x RS zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5*RS und AL/HA = 2,0*RS+ Mehrb.f.Schw.+ angem.KdU; u.U. 20 %-ige Übersteigerung d. Netto; § 53AO; Folgeanträge möglich

- keine Mehrfachzählung zum selben Kind (auch Zwillinge etc. zählen nur als ein Fall)
- die Zahlen ab Nr. 2 betreffen die Hilfeempfängerinnen
- die Prozentzahlen sind gerundet
- bei Mischtatbeständen zählt der Schwerpunkt-Tatbestand
- RS = Regelsatz; HV = Haushaltsvorstand; HA = Haushaltsangehörige; AL = Alleinerziehende

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2017 nach Bundesländern

Durchschnittsbe- trag in Euro	Baden-Würt- temberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2008	1 080	1 001	584	472
2009	1 110	1 080	644	465
2010	1 124	1 029	626	495
2011	1 085	1 250	599	536
2012	1 154	1 218	562	559
2013	1 071	1 251	559	509
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661
2016	802	1 109	595	687
2017	633	1 039	543	711

Durchschnittsbe- trag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2008	421	559	694	417
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544
2016	381	483	595	589
2017	374	487	581	597

Durchschnittsbe- trag in Euro	Niedersach- sen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2008	524	587	854	668
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713
2016	470	486	829	538
2017	527	484	800	545

Durchschnittsbe- trag in Euro	Sachsen	Sachsen-An- halt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2008	587	467	524	618
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804
2016	713	622	465	778
2017	788	617	432	813

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2017 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	8 378 (55 %)	1 734 (11 %)	498 (7 %)	314 (7 %)
Bis 600 Euro	144 (1 %)	4 365 (28 %)	6 587 (85 %)	1 858 (40 %)
Bis 1 000 Euro	6 551 (43 %)	5 900 (37 %)	170 (2 %)	2 186 (47 %)
Bis 1 500 Euro	6 (0 %)	3 365 (21 %)	490 (6 %)	257 (5 %)
Über 1 500	164 (1 %)	441 (3 %)	20 (0 %)	27 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	1 771 (70 %)	498 (10 %)	697 (6 %)	271 (7 %)
Bis 600 Euro	483 (19 %)	3 830 (77 %)	6 972 (64 %)	2 274 (62 %)
Bis 1 000 Euro	262 (10 %)	598 (12 %)	3 009 (28 %)	701 (19 %)
Bis 1 500 Euro	17 (1 %)	48 (1 %)	197 (2 %)	389 (11 %)
Über 1 500 Euro	0 (0 %)	8 (0 %)	36 (0 %)	23 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	1 338 (8 %)	5 786 (14 %)	939 (17 %)	213 (10 %)
Bis 600 Euro	10 139 (63 %)	28 039 (69 %)	2 151 (38 %)	1 462 (69 %)
Bis 1 000 Euro	3 242 (20 %)	6 190 (15 %)	986 (18 %)	170 (8 %)
Bis 1 500 Euro	1 188 (8 %)	527 (2 %)	1 044 (19 %)	239 (11 %)
Über 1 500 Euro	87 (1 %)	51 (0 %)	458 (8 %)	35 (2 %)

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	770 (11 %)	223 (5 %)	1 949 (27 %)	321 (9 %)
Bis 600 Euro	1 969 (27 %)	3 643 (75 %)	4 524 (63 %)	755 (21 %)
Bis 1 000 Euro	2 640 (37 %)	941 (19 %)	704 (10 %)	1 627 (45 %)
Bis 1 500 Euro	1 333 (19 %)	63 (1 %)	32 (0 %)	789 (22 %)
Über 1 500 Euro	415 (6 %)	14 (0 %)	1 (0 %)	116 (3 %)

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	beides*)	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	beides	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

*) Die zentrale Einrichtung in Hessen hat die Frage der zentralen Vergabe neu bewertet, nachdem die Legende für die Sozialdatenstatistik in Kraft gesetzt wurde.

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	2 219 936	nein*)	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	0	290 073	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	0	3 300	keine	21 675

*) Die zentrale Einrichtung in Berlin hat die Frage der zusätzlichen Mittel neu bewertet, nachdem die Legende für die Sozialdatenstatistik in Kraft gesetzt wurde.

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	7
Tabelle 2:	Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	8
Tabelle 3:	Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland	8
Tabelle 4:	Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	9
Tabelle 5:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	9
Tabelle 6:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 7:	Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen.....	10
Tabelle 8:	Einkommengrenze nach den Regelsätzen des SGB XII	10
Tabelle 9:	Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland.....	11
Tabelle 10:	Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2017	11
Tabelle 11:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	12
Tabelle 12:	Orientierungsrahmen.....	12
Tabelle 13:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	12
Tabelle 14:	Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	16
Tabelle 15:	Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	17
Tabelle 16:	Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	18
Tabelle 17:	Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern.....	19
Tabelle 18:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern.....	20
Tabelle 19:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern.....	21
Tabelle 20:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern.....	22
Tabelle 21:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern.....	23
Tabelle 22:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern.....	24
Tabelle 23:	Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	25
Tabelle 24:	Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern	26
Tabelle 25:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern	26
Tabelle 26:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern.....	27
Tabelle 27:	Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	28
Tabelle 28:	Einkommengrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2017 nach Bundesländern	32
Tabelle 29:	Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2017 nach Bundesländern.....	33
Tabelle 30:	Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2017 nach Bundesländern	34
Tabelle 31:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern.....	35
Tabelle 32:	Orientierungsrahmen.....	35
Tabelle 33:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	35